Mitreden beim Praxisdialog "Arbeiten im öffentlichen Dienst – durchstaaten.de"

Das Demografieportal des Bundes und der Länder (www. demografie-portal.de) hat am 22. Mai 2017 den Praxisdialog "Arbeiten im öffentlichen Dienst – durchstaaten.de" gestartet. Als Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung haben Bund, Länder, Kommunen und Gewerkschaften in der Arbeitsgruppe "Der Öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber" das gemeinsame Werbekonzept zur Fachkräftesicherung erarbeitet. Auch die kommunalen Spitzenverbände arbeiten dort mit. Der Dialog findet in Kooperation mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und dem Bundesinnenministerium statt.

Die öffentlichen Arbeitgeber brauchen gute Fachkräfte. Das gilt gerade auch in Zeiten, in denen das Angebot auf dem Arbeitsmarkt knapper wird. Qualifiziertes Personal entscheidet maßgeblich darüber, ob der Öffentliche Dienst auch in Zukunft seine Aufgaben auf dem gewohnt hohen Niveau anbieten kann – und das bei steigenden Anforderungen an Qualität und Quantität der Leistungen und Dienstleistungen.

Als Teil der Demografiestrategie der Bundesregierung haben Bund, Länder und Kommunen und Gewerkschaften in der Arbeitsgruppe "Der Öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber" ein gemeinsames Konzept zur Fach-

kräftesicherung erarbeitet. Somit sind das Wissen aller Verwaltungsebenen und verschiedene Sichtweisen in die Arbeit dieses Gremiums eingeflossen. Um die Kräfte des Öffentlichen Dienstes zu bündeln, hat die Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Bundespresseamt ein Werbekonzept entwickelt, mit dem erstmals der gesamte Öffentliche Dienst für sich als attraktiver Arbeitgeber wirbt.

Im Zentrum steht das Internetportal www.durchstaaten.de und ein dazugehöriges Signet. Unter dem Slogan "Arbeiten im Öffentlichen Dienst – durchstaaten.de" präsentiert die Internetseite sämtliche öffentliche Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen und verlinkt jeweils auf deren – bisher schwer auffindbare – dezentrale Stellenangebote. Zielgruppe sind sowohl qualifizierte Nachwuchskräfte als auch Quereinsteiger, die einen Berufswechsel anstreben.

Um das Angebot kontinuierlich verbessern zu können, werden in einem Praxisdialog Anregungen und Ideen gesucht. Auch Fragen können direkt mit den Ansprechpartnern diskutiert werden. Darüber hinaus bietet der Dialog eine Plattform für einen Erfahrungsaustausch zu Ideen und Beispielen, die das Arbeiten im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen und in allen Regionen interessant und attraktiv machen. Der Praxisdialog endet am 30. Juni.

Weitere Informationen: http://www.demografie-portal.de/durch-staaten



Baurecht 2017

Öffentliches Baunachbarrecht

Von RiVG Dr. Hubertus Schulte Beerbühl 2017, 332 S., brosch., 44,—€ ISBN 978-3-8487-3171-8 nomos-shop.de/27531

Nachbarstreitigkeiten mit öffentlich-rechtlichem Einschlag beschäftigen zahlreich die Verwaltungsgerichte in Deutschland. Eine zusammenfassende Darstellung zur aktuell geltenden Gesetzeslage und zur Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte zum Öffentlichen Baunachbarrecht wird indessen oftmals nur am Rande in Lehrbüchern und Kommentaren geboten. Dabei gilt es hier ganz besonders, in den häufigen Drei-Parteien-Konstellationen die Besonderheiten des materiellen Rechts einerseits und des Verfahrens- und Prozessrechts andererseits zu beachten.

Der Band gibt einen Einblick in die Gerichtspraxis zur Durchsetzung des materiellen Rechts sowie zur Verteidigung vor ungerechtfertigten Angriffen. Die wichtigsten Gesetzestexte werden wiedergegeben und zahlreiche Fallkonstellationen werden durch Beispiele veranschaulicht.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49)7221/2104-37. **Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de** Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Der einheitliche Portalverbund für Bürgerservices – Entmachtung oder Stärkung der Kommunen?

26. Juni 2017, Berlin (Rotes Rathaus)

Die Grundgesetzänderung des Art. 91c Abs. 5 GG ermöglicht die Einrichtung eines einheitlichen, verbindlichen, bundesweiten Portalverbunds, über den Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zukünftig einfach und sicher auf die Online-Anwendungen der öffentlichen Verwaltung zugreifen können. Damit erhält der Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz zur Ausgestaltung des Zugangs zu den Verwaltungsdienstleistungen von Bund und Ländern einschließlich der Kommunen.

Was die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in Deutschland verbessern soll, bedroht andererseits vielleicht die kommunale Identität. Verschwimmt dann alles im Einheitsbrei? Haben die regionalen, an spezifische Bedürfnisse angepassten, kommunalen Onlineportale von Städten und Gemeinden noch eine Zukunft?

Mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen wird diskutiert, welchen Herausforderungen sich die kommunalen Portale stellen müssen.

Bisher haben zugesagt:

- Staatssekretärin Sabine Smentek (Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnik Land Berlin)
- Ministerialdirektor Ernst Bürger (Ständiger Vertreter der Abteilungsleiterin für Verwaltungsmodernisierung, Bundesministerium des Innern)
- Franz-Reinhard Habbel (Deutscher Städte- und Gemeindebund)
- Dr. Kay Ruge (Deutscher Landkreistag)

Angefragt sind Frau Staatssekretärin Katrin Lange (Land Brandenburg), Herr Dr. Markus Schmit (Bundesagentur für Arbeit) und VertreterInnen der Kommunen.

Durchgeführt wird die Veranstaltung gemeinsam vom Bundesverband Deutscher Internetportale (BDIP e.V.), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutsche Landkreistag. Weitere Informationen und Anmeldung: http://www.bdip.de/expertenforum-2017-der-einheitliche-portalverbund-fuer-buergerservices/

White Paper des Kompetenzzentrum Öffentliche IT: Mythos Blockchain – Herausforderung für den Öffentlichen Sektor

Eine Welt ohne Mittelsmänner, ohne zentrale Instanz, der alle vertrauen müssen – das ist die Vision der Blockchain. Immer wieder sind wir im täglichen Leben auf Dritte angewiesen: seien es Banken, denen wir unser Geld anvertrauen, Notare, die Verträge besiegeln oder der Staat, der Register führt, Dokumente beglaubigt oder Identitäten bestätigt. Die Hauptfunktion der Intermediäre liegt darin, Vertrauen zu schaffen und Werttransaktionen abzusichern. Die Digitalisierung verschärft den Bedarf nach vertrauensstiftenden Instanzen noch einmal. Plötzlich kaufen die Kunden nicht mehr im Laden um die Ecke, sondern sehen sich einem globalen Angebot unzähliger, oftmals unbekannter Händler gegenüber. Große Online-Plattformen sind entstanden, zu deren Kerngeschäftsfeldern es gehört, eben dieses Vertrauen zwischen Kunde und Händler zu gewährleisten.

Doch auch solche Intermediäre sind nicht unfehlbar. Die Finanzkrise 2008 hat deutlich gezeigt, wie abhängig Wirtschaft und Gesellschaft von »systemrelevanten« Institutionen sind. Mit der Blockchain steht eine technische Alternative zu klassischen Intermediären zur Verfügung. Durch eine geschickte Kombination aus Wettbewerb, Kryptografie und Transparenz können Werttransaktionen zwischen in der Regel unbekannten Teilnehmern durchgeführt werden, ohne dabei die Absicherung einer vertrauensstiftenden Instanz in Anspruch nehmen zu müssen. Finanztransaktionen sind nur der Anfang. Geht es nach den Verfechtern der Blockchain-Technologie, lassen sich eine ganze Reihe von Branchen durch den Einsatz der Blockchain verändern, immer mit dem Fokus darauf, organisatorische Intermediäre durch eine technische Lösung zu ersetzen. So ist es nicht überraschend, dass sich bereits einige Staaten mit der Blockchain-Technologie befassen und eigene Strategien für deren Einsatz entwickeln. Allerdings ist die Technologie noch jung und wirft eine Reihe technischer wie auch rechtlicher und gesellschaftlicher Fragen auf. Um sich mit den Chancen und Risiken der Blockchain Technologie auseinandersetzen zu können, muss man zunächst deren Funktionsweise verstehen.

Mit diesem White Paper soll ein Einblick in die komplexe Materie der Blockchain gegeben werden. Hier sind sowohl eine detaillierte Beschreibung der Technologie als auch Anwendungsbeispiele für den öffentlichen Sektor und nicht zuletzt eine gesellschaftspolitische Bewertung zu finden.

Das White Paper kann hier heruntergeladen werden: http://www.oeffentliche-it.de/publikationen?doc=65740&title=Mythos+Blockchain+-+Herausforderung+f%C3%BCr+den+%C3%96ffentlichen+Sektor

Die Europäische Kommission als Motor des europäischen Zusammenhalts?

20./21. Juli 2017, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer

Die Europäische Union durchlebt momentan turbulente Zeiten. Die fortwährenden Auswirkungen der Eurokrise, die bevorstehenden Austrittsverhandlungen mit Großbritannien sowie die ungelöste Flüchtlingssituation stellen die Union vor große Aufgaben. Hinzu kommt eine verstärkte Skepsis gegenüber der europäischen Integration innerhalb der Bevölkerung. Gleichzeitig suchen die europäischen Institutionen nach der Umsetzung des Lissabonner Vertrags noch immer ihr Gleichgewicht. Inmitten dieser politischen und institutionellen Verwerfungen befindet sich die Europäische Kommission. Als zentrale institutionelle Innovation der europäischen Integration zieht sie zwar seit jeher enorme Aufmerksamkeit auf sich; mit Blick auf die gegenwärtigen Krisendynamiken aber mehren sich die Fragen, inwiefern die Kommission noch eine entscheidende Rolle in der europäischen Politikgestaltung einnehmen kann - oder sollte. Vor diesem Hintergrund widmet sich die Tagung einer Bestandsaufnahme der Kommission als Institution und Akteur unter den aktuellen Bedingungen. Die Tagung richtet sich an Praktikerinnen und Praktiker sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an einem vertieften Verständnis der Europäischen Kommission der heutigen Zeit interessiert sind. Als Partnerin bei der Planung und Umsetzung vielfältiger Verwaltungsaufgaben ist die Rolle der Kommission gerade auch für Verwaltungsbeschäftigte relevant. Die Arbeitssprache der Veranstaltung ist Deutsch, manche Referate werden auf Englisch gehalten.

Auszug aus dem Programm:

- Das (neue) Verhältnis von Europäischer Zentralbank und Kommission nach der Finanzkrise (Johannes Lindner, Europäische Zentralbank)
- Die Europäische Kommission unter Juncker Machtausweitung auf Schleichwegen? (Ingeborg Tömmel, Universität Osnabrück)
- The "Guardian of the Treaties" as Violator of the European Law: Empirical patterns of European Commission Noncompliance (Christian Adam/LMU München und Michael W. Bauer/Universität Speyer

Weitere Informationen und Anmeldung: http://www.uni-speyer.de/de/weiterbildung/weiterbildungsprogramm.php?seminarId=77

Schriftleitung:

Prof. Dr. **Veith Mehde**, Leibniz Universität Hannover (V.i.S.d.P.) Prof. Dr. **Tino Schuppan**, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit

Redaktionsanschrift:

Prof. Dr. **Veith Mehde** (V.i.S.d.P.), Institut für Staatswissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Königsworther Platz 1 | 30167 Hannover Tel. (0511) 762 - 8206 | Fax (0511) 762 - 19106 E-Mail: mehde@jura.uni-hannover.de

www.vum.nomos.de

Satz und Layout:

Heidrun Müller, IfG.CC – Institute for eGovernment, Potsdam

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben pro Jahr

Bezugspreise 2017:

Mini-Abo 41,-- € (inkl. Vertriebskosten und Porto), Jahresabonnement Print, inkl. Online für Privatbezieher (über Zugangsdaten) 169,-- € (zzgl. Vertriebskosten (€ 13,54/Jahr) (Porto/Inland € 11,40 + Direktbeorderungsgeb. € 2,14)); Jahresabonnement Print, inkl. Online für Firmen/Institutionen zur Mehrfachnutzung, unbegrenzte Anzahl an Online-Nutzern (wahlweise über Zugangsdaten oder IP-Adresse) 279,-- € (zzgl. Vertriebskosten (€ 13,54/Jahr) (Porto/Inland € 11,40 + Direktbeorderungsgeb. € 2,14)).

Bestellmöglichkeit:

Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist:

jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell:

Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BLZ 660 100 75, Konto Nr. 73636-751 oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: BLZ 662 500 30, Konto Nr. – 5-002266

Druck und Verlag:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Waldseestraße 3-5 | D-76530 Baden-Baden Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27

Anzeiger

sales friendly Verlagsdienstleistungen | Siegburger Str. 123 | 53229 Bonn Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820 E-Mail: roos@sales-friendly.de

Urheber- und Verlagsrechte:

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionsstücken keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.